

# RHEINISCHE POST

14. Juli 2015 | 00.00 Uhr

Internetplattform

## Bundestagsabgeordnete bekommen eine Zwei und eine Drei



Michaela Engelmeier (SPD) und Klaus-Peter Flosbach (r., CDU) - hier mit Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) - repräsentieren im Bundestag den Oberbergischen Kreis. FOTO: NN (Archiv)

**Hückeswagen. Mit einem "Sehr gut" wurden zwar beide nicht bewertet, aber eine "ungenügend" gab es für die oberbergischen Bundesabgeordneten Klaus-Peter Flosbach (CDU) und Michaela Engelmeier (SPD) auf der Internetseite [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) auch nicht.**

Auf dieser Plattform können Interessierte die Bundestagsabgeordneten befragen. Im Landesvergleich der Abgeordneten liegt der Waldbröler Flosbach mit vier von fünf beantworteten Fragen auf Platz 76 und wurde mit einem "gut" bewertet. Direkt hinter ihm auf Platz 77 liegt die Gummersbacherin Michaela Engelmeier mit einem "befriedigend". Sie beantwortete sieben von neun Fragen und erhielt eine Antwortquote von 77 Prozent - nach einer Quote von 66 Prozent im Vorjahr.

Das Internetportal ermöglicht Bürgern, Politikern Fragen zu bestimmten Sachverhalten, beispielsweise der Pkw-Maut oder dem Einsatz von Fracking-Techniken, zu stellen. Abgeordnetenwatch.de prüft das Antwortverhalten der Parlamentarier und rechnet die Antwortquote in Schulnoten um. In die aktuelle Bewertung waren Bürgerfragen seit Beginn der Legislaturperiode

im Oktober 2013 bis einschließlich 23. Juni 2015 eingeflossen; Stichtag war der 7. Juli.

Michaela Engelmeier wurden unter anderem Fragen zum Thema Fracking gestellt. Die 54-Jährige lehnt diese Risikotechnologie strikt ab und stellt klar: "Der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit hat absolute Priorität gegenüber wirtschaftlichen Interessen." CDU-Politiker Klaus-Peter Flosbach wiederum wurde gefragt, wie er dazu steht, dass "Politiker nach Ausscheidung aus dem Bundes- oder Landtag von Firmen für diverse Lobbyarbeit aufgekauft werden". Der 63-Jährige antwortete darauf, dass es durchaus möglich sei, eine Abstandsfrist einzuführen. Zwei Fragen über das Thema Fracking ließ er hingegen unbeantwortet.

Quelle: RP